

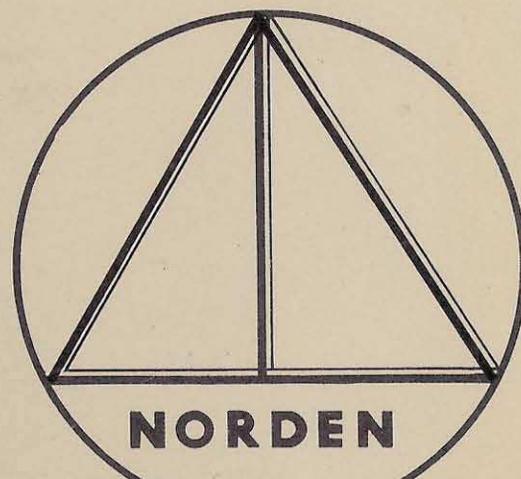
STADTTEIL PFRONDORF

BEBAUUNGSPLAN „GARTENHAUSGEBIET OBERE MÄHDER /

STRAUSSENÄCKER“

M 1:500

5047



Zeichenerklärung

- Grenze des Geltungsbereichs
- Baugrenze
- Sondergebiet - Gartenhausgebiet - gem. § 10 BauNVO
- landwirtschaftliche Wege
- Freileitung - oberirdisch
- Pflanzhaltung für Einzelbäume
- Geh-, Fahr- und Leitungsrecht
- Böschungen
- Stützmauern
- Von der Bebauung freizuhaltende Fläche mit Wasserlauf

TEXTUELLE FESTSETZUNGEN

A. Planungsrechtliche Festsetzungen  
nach § 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung von 19.08.1985 (BGBl. I S. 2265) mit den Änderungen der Bauleitungs-  
gebührenverordnung vom 06. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) und §§ 1 - 7

der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung von 10.09.1977 (BGBl. I S. 1783).

1. Art der baulichen Nutzung  
§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG und §§ 1 - 15 BauNVO in Verbindung mit der Landesbauordnung (LBO).

Das Gartenhausgebiet dient der nichterwerbsmäßigen garten-  
mässigen Nutzung der Grundstücke in Sinne der Freizeitge-  
staltung und Erholung. Sondergebiet (SO) - Gartenhausgebiet.  
§ 10 BauNVO.

Zulässig sind Gartenhäuser zur Aufbewahrung von Garten- und  
sonstigen Gartengeräten zur Beaufsichtigung des Grundstücks,  
nicht zum ständigen Aufenthalt, die jedoch eine Wohn-  
nutzung mit Überdachung nicht zulassen.

2. Maß der baulichen Nutzung  
§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG und §§ 16 - 21a BauNVO

Pro Grundstück ist ein Gartenhaus bis 25 m<sup>2</sup> bebauten Raum  
zulässig. Bei Grundstücken über 10 a ist zusätzlich eine  
Gesamtfläche bis 15 a<sup>2</sup> zulässig.

Der Rauminhalt des Sockels bei Gartenhäusern unter Erdge-  
schosshöhe (EFH) bleibt bei der Berechnung des Raum-  
inhalts unberücksichtigt. Die Gebäuhöhe (Erkernhöhe) darf  
genauer als EFH 3,0 m nicht übersteigen. Bei hängigen Ge-  
bäuden darf ein notwendiger Sockel teilweise 1,25 m, bergelose  
1,50 m nicht übersteigen.

Trockenorte sind nur als An- oder Einbauten bis 1,5 m<sup>2</sup>  
Grundfläche ohne Anrechnung auf den bebauten Raum zulässig.

3. Bauweise  
§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 und §§ 22 BauNVO

offene Bauweise  
Der Abstand der Gartenhäuser darf 15 m nicht unterschreiten.

4. Grundstücksgröße  
§ 9 Abs. 1 Ziff. 3 BBauG

Die Grundstücke für Grundstücke sind in nach Zone ver-  
schieden festgesetzt, siehe Planeneintrag.

5. Nebenanlagen  
§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG

Nebenanlagen als Gebäude sind unzulässig. Pergolen sind  
nur bis zu einer Grundfläche von 8 a zulässig.

6. Stellplätze und Bepflanzung  
§ 9 Abs. 1 Ziff. 5 BBauG

Bepflanzung ist unzulässig.  
Pro Gartenhausgrundstück ist mindestens ein Stellplatz her-  
zustellen. Der erforderliche Stellplatz ist unmittelbar an  
Erreichungsweg anzubringen.

7. Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen und Sträuchern  
§ 9 Abs. 1 Ziff. 6 BBauG

Die Grundstücke sind in Hinblick auf eine natürliche Land-  
schaftsgestaltung nur mit klimatisierten Bäumen und  
Sträuchern zu bepflanzen. Standardförmige Bäume, wie Tannen  
und Fichten sowie geschultete Hecken sind unzulässig.  
Die mit einer Versauerungsgefahr verbundenen Bäume  
sind zu erhalten und bei Abgang neu zu pflanzen.

B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen  
auf Grund von § 8 Abs. 4 BBauG in Verbindung mit § 73 der  
Landesbauordnung (für Baden-Württemberg) (LBO) i. d. F. von  
29.11.1989 (GBl. S. 770) werden folgende bauordnungsrechtliche  
Festsetzungen getroffen:

1. Gestaltung des Gartenhauses (siehe Bauplanungsrichtlinien)

1.1 Der Sockel ist in Holz, Holzwerkstoff oder Beton  
verputzt herzustellen.

1.2 Die Außenwände sind in Holzweise auszuführen und mit  
Holz zu verkleiden. Ein Anstrich ist nur lackierend  
(hell oder grau) oder in deckender, brauner Farbe zu-  
lässig.

1.3 Das Dach ist als Dachstuhl auszuführen mit einer Dach-  
neigung von 25 - 40°.

Das Dach ist mit roten Ziegeln zu decken oder als Gras-  
dach auszuführen.

1.4 Dachverströbungen sind bis zu 0,5 m zulässig.

1.5 Balkone sind unzulässig.

2. Feuerstätten  
Feuerstätten sind unzulässig.

3. Einfriedigungen  
Einfriedigungen sind als Halbpfähle mit Maschendraht bis zu einer  
Höhe von 1,20 m, oder lebenden Hecken zulässig. Die Verwendung  
von Stacheldraht ist dabei unzulässig. Zum öffentlichen Weg sind  
Zäune in einem Abstand von 2,00 m zu errichten. Die Abstands-  
fläche dient der Anlage von Stellplätzen und der Anpflanzung des  
Grundstücks mit Bäumen und Sträuchern. Zwischen den privaten  
Grundstücken sind stützende (Stimme der Pfählschritte  
zu halten). Dabei sind Holzpfähle nicht zulässig.  
Die Halbpfähle dürfen eine Höhe von 1,30 m über den Boden nicht  
übersteigen.

4. Stellplätze  
Die Stellplätze sind mit einer Granit- oder wasserabweisender  
Decke auszuführen.

5. Stützmauern  
Stützmauern sind in Natursteinmauerwerk oder in Beton mit ver-  
putzten Natursteinmauerwerk herzustellen, und dürfen eine Höhe  
von 1,0 m über Gelände nicht überschreiten.

6. Aufschüttungen, Abgrabungen  
Aufschüttungen und Abgrabungen sind nur 0,50 m Höhe über ge-  
wöhnliche Gelände zulässig. Bebauungen sind flach auszuführen  
und einzuflachen.

7. Freileitungen  
Hochspannungsfreileitungen sind nicht zulässig.

8. Versenkungen  
Versenkungen sind nur in Natursteinmauerwerk herzustellen  
und zulässig.

C. Hinweise  
1. Der städtische Flurstück (Gemarkung Schwarze und Teil  
von Obere Mähder) liegt in einem Rutschgebiet. Es ist  
dabei zu beachten, daß in Laufe der Zeit die Gebäude in  
diesem Teil Risse erhalten können. Zwischen den privaten  
Grundstücken sind stützende (Stimme der Pfählschritte  
zu halten). Dabei sind Holzpfähle nicht zulässig.  
Die Halbpfähle dürfen eine Höhe von 1,30 m über den Boden nicht  
übersteigen.

VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

2. BÜRGERTEILGEBUNG:  
Der Bürgerbeirat hat nach § 10  
Abs. 1 BBauG am 1. Juni 1985  
laut in der Zeit vom 5. Juni 1985 - 21. Juni 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

3. AUSLEGUNGSBESCHLUSS:  
Der Gemeinderat hat nach Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

4. OFFENTLICHE AUSLEGUNG:  
Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung  
hat vom 1. Juni 1985  
bis 1. Juli 1985  
in der Stadtverwaltung  
öffentlich ausgestellt.

5. SATZUNGSBESCHLUSS:  
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10  
BBauG vom Gemeinderat der Universitäts-  
stadt Tübingen nach Empfehlungsbefehl  
des Ortsrat nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.

6. GENEHMIGUNG:  
Der Bebauungsplan wurde durch Erlass des  
Reg. Pres. Tübingen gemäß § 11 BBauG  
am 14. Mai 1985  
mit Erlass  
Nr. 24/85-1021/1887/85 genehmigt.

7. INKRAFTTRETEN:  
Die Genehmigung des Bebauungsplans wird  
am 14. Mai 1985  
§ 12 BBauG verbindlich bekannt gegeben.  
Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-  
bauungsplan rechtskräftig.

8. VERFAHRENSVERMERKE:

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS:  
Der Aufstellung des Bebauungsplans ist nach  
Empfehlungsbefehl des Ortsrat  
nach § 10 Abs. 1 BauNVO  
vom 18.8.1976 (BGBl. S. 2221) vom Ge-  
meinderat der Universitätsstadt Tübingen  
am 14. Mai 1985  
öffentlich bekanntgegeben.